

„Weitblick kennen unsere Politiker nur beim Wandern.“

Erich Biesinger, Wendelsheim – siehe Leserbriefseite

Übrigens

Stimmabgabe per Klick

Von Montag an ist die Tübinger Bürger-App erstmals freigeschaltet: Basisdemokratie oder Augenwischerei?

Pro

Ulla Steuernagel



Contra

Renate Angstmann-Koch



Die Bürger-App der Stadt Tübingen halte ich für eine sinnvolle Sache – egal, ob bei der allerersten Abstimmung zu Schwimmbad und Konzertsaal die Fragen glücklich formuliert sind. Noch nie war es so einfach, die Meinung vieler einzuholen, und noch nie war es so einfach für viele, ihre Meinung zu äußern. Warum sollte man das nicht kommunalpolitisch nutzen? Die digitale, niederschwellige Art der Befragung zieht außerdem weder die gut vernetzten Selbstinszenierer noch die Poltergeister an, die haben doch gar nix davon.

Aber läuft der Tübinger Gemeinderat mit der Bürger-App nicht Gefahr, jede Kiki-Entscheidung zu delegieren oder sich im Konfliktfall per App-Diktatur leiten zu lassen? Wer das annimmt, macht zwei Fehler: Er unterschätzt die gewählten Stadträtinnen und Stadträte und überschätzt die App-Stimmen und -Stimmungen. Wer vor einer Manipulation der Räte durch die App warnt, übersieht, dass Stadtpolitikerinnen und -politiker ohnehin jeden Tag und auf Schritt und Tritt direkter Einflussnahme ausgesetzt sind. Sich davon gänzlich unabhängig zu machen, hieße auch, das Wahlvolk zum Stimmvieh zu erklären und sich selber zum einzig qualifizierten Entscheidungsträger. Wird die Bürger-App klug und sparsam eingesetzt, stärkt sie dagegen die Basisdemokratie und die Meinungsbildung von unten nach oben.

Gegen Missbrauch, das glaube ich den Experten einfach mal, scheint sie technisch gut abgesichert. Ein schöner Nebeneffekt der App könnte sein, dass das erlahmende (kommunal-)politische Interesse etwas aufgefrischt wird. Dieses Interessensdefizit ist für die Demokratie schädlicher, als ein paar unqualifizierte abgegebene Urkstimmen es je sein könnten.

Im besten Fall schürt die Bürger-App das Diskussionsinteresse, wie es auch die TAGBLATT-Leserbriefe vormachen. Ich bin gespannt auf die Klickergebnisse und auch darauf, wie sich der Gemeinderat dazu verhält. Und wenn's mies läuft: eine Bürger-App lässt sich per App auch wieder abschaffen.

Eine Bürgerbefragung – das klingt doch super! 77 000 Tübingerinnen und Tübinger dürfen per App zu ausgewählten Themen ihr Votum abgeben, alle Einwohner ab 16 Jahren. Es hat ja ohnehin fast jeder ein Smartphone, ein Tablet oder einen PC, da kann er auch eben mal abstimmen. Und wem das lieber ist, der beantragt schriftliche Teilnahme an der Befragung. So geht Demokratie – oder etwa doch nicht?

Je länger ich darüber nachdenke, desto mehr wachsen meine Zweifel. Ist ein schneller Klick als Reaktion auf Push-Nachrichten, wie sie künftig per Bürger-App verschickt werden, tatsächlich schon Beteiligung an demokratischer Willensbildung? Ein Ersatz dafür, sich in die öffentliche Debatte einzumischen? Oder wird Mitwirkung nur vorgetäuscht? Zumal ja der Gemeinderat ans Ergebnis der Befragung nicht gebunden ist. Das ist anders als bei einem Bürgerentscheid.

Für das Ergebnis hängt viel davon ab, wie die jeweilige Frage und die Alternativen formuliert sind. Das ist zugegebenermaßen bei Bürgerentscheiden nicht anders. Auch da ist keinesfalls garantiert, dass sich die Stimmberechtigten ernsthaft mit der zur Debatte stehenden Frage auseinandersetzen – ebenso wenig bei Wahlen. Doch wer wählen geht oder sich an einer Volksabstimmung beteiligt, muss zumindest ins Wahllokal oder zum Briefkasten. Da ist anzunehmen, dass er Für und Wider einigermaßen abgewogen hat.

Der Klick per App kann hingegen ebenso spontan erfolgen wie ein Like auf Facebook, das Twittern eines gehässigen Kommentars oder das Teilen von Katzenvideos. Das wäre nicht weiter schlimm – wenn der Gemeinderat nach einer Abstimmung per Bürger-App tatsächlich noch frei in seiner Entscheidung wäre. Schließlich muss er nicht nur bewerten, was wünschenswert ist, sondern auch berücksichtigen, welche anderen Projekte nun womöglich aus Geldmangel auf der Strecke bleiben. Doch es wird den Stadträten und Stadträtinnen enorm schwer fallen, sich einem klaren Stimmungsbild per App zu widersetzen.

Einige Orte unsichtbarer Tübinger Frauengeschichte

Adressen für Frauen Rührige Feministinnen engagierten sich in Tübingen schon sehr früh für sozialen Wohnungsbau. Ein kleiner Stadtrundgang zum Frauentag. Von Ulla Steuernagel

Geschichtsträchtige Orte gibt es viele in Tübingen. Man wird auf Stelen über Büros und Gräueln der Nationalsozialisten informiert, man liest auf Gedenktafeln an Wohnhäusern, welcher wichtige Mann wo wohnte. Aber von Ottilie Wildermuth, Isolde Kurz und der gendergerechten, neueren Straßenbenennung mal abgesehen, bleibt wenig Raum für Erinnerungen an Frauen und Frauenorte der Vergangenheit. Tübingen kann stolz sein auf seine Frauenbeauftragte, sein Frauenprojektehaus und seinen Frauenbuchladen, aber Frauengeschichte und -bewegung sind im Stadtbild weitgehend unsichtbar.

Bea Dörr, Fachreferentin der Landeszentrale für politische Bildung und Mitarbeiterin des Frauenarchivs (BaF), das Frauenrundgänge durch die Tübinger Innenstadt anbietet, wies das TAGBLATT auf einige fast vergessene Plätze hin, die keinerlei Erinnerungstafeln tragen und dennoch große Bedeutung für die Geschichte der Frauen und ihr Ringen um soziale Gerechtigkeit und Emanzipation hatten.



An der Frauenarbeitsschule unterrichtete Julie Mayer.

Da ist zum Beispiel das Deutsch-Amerikanische Institut in der **Karlstraße 3**. Früher hieß es Amerikahaus. Aber es ist nicht nur für die binationalen Beziehungen von Bedeutung, sondern auch für die Bewegung der „Staatsbürgerinnen“. 1952 hatten sich Frauen um die Tübinger VHS-Leiterin Else Berkheim (1904–2001) zusammengesetzt, um das „Einmaleins der Staatsbürgerkunde“ und „Diskussionen nach parlamentarischen Regeln“ zu üben. Erst 1970 löste sich der Kreis auf. Langfristiges Ziel dieses Clubs aus vornehmlich Frauen mittleren Alters mit akademischer Bildung war eine stärkere politische Partizipation von Frauen. Mit zwei Aktionen erregten sie Aufsehen. 1953 überraschten sie die Männer beim Samstagabendbier in den Gaststätten der Stadt mit Staubtüchern, auf denen „Gegen Schmutz und Schund“ zu lesen war. Über den Verkauf dieser Tücher organisierten die Frauen eine Kinder-Lesestube im Amerikahaus und hat-



Ein frühes Sozialwohnungsbau-Projekt ist das Mathildienstift.



In der Karlstraße 3, im damaligen Amerikahaus, richteten die „Staatsbürgerinnen“ Anfang der 1950er Jahre die erste selbstorganisierte Kindergruppe, die „Kinder-Lesestube“, ein.

Bilder: Ulrich Metz

ten damit an zwei Nachmittagen in der Woche die Kinder berufstätiger Frauen versorgt. Es ist sozusagen die erste selbstorganisierte Kindergruppe in Tübingen.

Eine andere Aktion der Frauen richtete sich 1953 gegen die Düngung der Salatköpfe in heimischen Gärtnereien durch Fäkalien, die das Uniklinikum lieferte. Der Salatverzehr hatte zu schweren Wurmerkrankungen geführt. Die Frauen erreichten durch ihren Protest ein bundesweites Verbot von Fäkalien Düngung.

Das Notariat auf dem Tübinger **Schulberg** beherbergte einst die „Frauenarbeitsschule“, auch „Bratpfannenakademie“ genannt. 1927 bekam die für hauswirtschaftliche Tätigkeiten und für Heimarbeiten im Textilbereich fitmachende „Näherschule“ ein eigenes Gebäude am Schulberg. In den dreißiger Jahren wurde hier der Unterrichtskanon auch um „Rassenkunde“ erweitert. 1937 kam als pädagogisches Spezialfach die „Erziehung zu Wehrwille und Wehrhaftigkeit“ hinzu. Kein Prunkort der Frauenbewegung also – wenn nicht Julie Mayer (1883–1963) gewesen wäre. Seit 1921 war sie als Lehrerin an der Schule beschäftigt und trat 1928 der kommunistischen „Roten Hilfe“ bei. 1934 versteckte sie einen von der Gestapo verfolgten Kommunisten bei sich. Nur knapp entkam sie selber der Nazi-Verfolgung. Am Ende wurde ihr Berufsverbot auferlegt.

Preisgünstiges Wohnen ist schon lange ein Thema in Tübingen. Auf diesem Gebiet waren Frauen auch in der Vergangenheit besonders engagiert. Eine, die sich besonders für „Sozialen Wohnungsbau“ einsetzte, war die Frauenrechtlerin und Sozialreformerin Mathilde Weber (1829–1901), an die bislang noch nicht einmal an ihrem Wohnhaus in der Neckarhalde 52 eine Tafel erinnert. Immerhin wurden eine (halbe) Straße und eine Schule nach ihr benannt. Auf Mathilde Weber geht die Gründung des sogenannten Mathildienstifts in der **Hechinger Straße 20** zurück. Es wurde erbaut vom „Verein für Hausbeamten und Honoratiorentöchter“. In ihm sollten Hausangestellte und unvermögende alleinstehende Frauen im Alter wohnen. Mathilde Weber hatte als Professorengattin viel zur Finanzierung dieses Sozialwohnungsprojektes beigetragen, indem sie die Vortragshonorare ihres Mannes spendete und auch unter seinen Kollegen erfolgreich dafür warb. In den 30er Jahren konnte das Haus mithilfe der evangelischen Kirche dem Zugriff der Nationalsozialisten entzogen werden.

Der Erste Weltkrieg hatte die Einrichtung eines Hauses in der **Wöhrdstraße 2** zur Folge. Der Deutsche Evangelische Frauenbund (DEF) kaufte 1916 das dreistöckige Haus, um sich hier um die Frauen der Eingezogenen zu küm-

mern. Benannt wurde es nach der württembergischen Königin. Das Charlottenhaus diente bald als Herberge für alleinstehende mittellose Frauen. Während der beiden Weltkriege übernachteten hier auch Angehörige von Verwundeten, die in den Kliniken behandelt wurden.



Das Charlottenhaus beherbergte Alleinstehende und Studentinnen.

Das Haus stand für viele Nutzungen offen: Es nahm später Flüchtlinge auf und war auch eine Art von Vorgänger des „Elternhauses“, indem es Familienmitglieder von Patienten beherbergte. Hauptverwendungszweck war jedoch, Frauen eine Bleibe zu bieten. Und so wurde es von 1976 an als Studentinnenwohnheim genutzt. Mittlerweile gehört das Charlottenhaus der Stadt Tübingen.

Die **Memminger Straße 18** ist wohl nur Kennerinnen unter dem Titel Gertrud-Bäumer-Haus bekannt. Die Frauenrechtlerin und DDP-Politikerin (1873–1954) hatte von 1920 bis 1933 als erste Frau das Amt einer Ministerialrätin (im Innenministerium) inne. Anfang der 50er Jahre wurde das Gebäude errichtet, angeregt hatte es der „Aktionsausschuss Tübinger Frauen“. Die Frauen wollten der Sozialpolitikerin Bäumer damit auch ein Denkmal setzen. Seine 41 Wohneinheiten waren für berufstätige ledige Frauen gedacht, die für 35 Quadratmeter damals 67 Mark zahlten.



Das Gertrud-Bäumer-Haus setzt der Sozialreformerin ein Denkmal.

Das Frauenprojektehaus in der Weberstraße 8 ist eine Institution und ein Begriff. Es besteht nun schon seit 15 Jahren. Aber was vorher war, wissen nur noch wenige. Von 1975 bis 1986 gab es in der Haagasse 34 ein „Frauzentrum“. Schon 1968 machte sich im „Arbeitskreis Emanzipation“ ein Auflehn gegen das Machotum der Studentenbewegung bemerkbar. 1970 gründete sich die erste autonome Frauengruppe in Tübingen. 1971 und 74 zogen auch in Tübingen Frauen gegen den Abtreibungsparagrafen 218 auf die Straße.

Und wo traf sich die wachsende Frauenszene? Zunächst bei der Initiative Homosexualität in der Schwärzlocher Straße, zeitweilig im Lehrzentrum am Marktplatz – und im September 1975 bekamen die Frauen endlich was Eigenes: in einer ehemaligen Weingärtner-Wirtschaft in der Haagasse 34. Hier trafen sich die Frauen zu Selbsterfahrungs- und Selbsthilfegruppen, zu Diskussionen, Vorträgen, Beratungen und Teenachmittagen. Für die vielfältigen Themen und Bedürfnisse wurden die Räume bald zu klein: In den 80er Jahren entstanden die „Frauenakademie“, der Frauenbuchladen, die Frauen-Disco im Club Voltaire, die Frauenhäuser, das Frauencafé im Epplenhäuser und das im Land einzigartige BaF-Frauenarchiv.



Die Anfänge der autonomen Frauenbewegung liegen hier, in der Haagasse 34.

Über sechs Jahre Haft

Justiz Beim Kinderporno-Prozess „Elysium“ wurde ein 59-Jähriger Rottenburger verurteilt.

Limburg/Rottenburg. Neben drei anderen Männern wurde gestern ein 59-jähriger Rottenburger für seine Beteiligung an der Kinderporno-Plattform „Elysium“ zu einer Haftstrafe von 6 Jahren und 6 Monaten Jahren verurteilt. Schon im August hatte er sein Mitwirken gestanden, zeigte sich kooperativ und beschönigte die Tat nicht, was die verhältnismäßig niedrige Strafe begründet. Der Rottenburger war vor allem für das Programmieren der Webseite verantwortlich. In seine Richtung sagte Richter Marco Schneider aber: „Ohne Sie hätte es Elysium nie gegeben.“

Nach verdeckten Ermittlungen wurde die Plattform aus dem verborgenen Teil des Internets (Darknet) entfernt, zu diesem Zeitpunkt im Juni 2017 hatten sich bereits rund 11 000 Mitglieder dort registriert. „Elysium“ war eine der größten dieser Plattformen

weltweit. Das erste Mal überhaupt war es dabei gelungen, einen großen deutschen Kinderporno-Ring zu zerschlagen.

Der Rottenburger lebte zurückgezogen, von Freunden isoliert; in der Firma lief es schlecht. Er habe es gerade so auf die Reihe bekommen, sich zu ernähren, sagte sein Tübinger Anwalt Thomas Weiskirchner dem TAGBLATT im Laufe des Verfahrens. Dieses wurde vor dem Landgericht Limburg verhandelt, da dort in einer Kfz-Werkstatt der Server der Plattform gestanden hatte. Wie aus dem Gericht am Donnerstag zu hören war, kündigte Weiskirchner gegen das Urteil Berufung an. Der Anwalt des 59-Jährigen war für das TAGBLATT gestern nicht zu erreichen. itz

Siehe „Blick in die Welt“ im überregionalen Teil

Kann Jubeln Sünde sein?

Am heutigen Frauentag tritt das Kabarettduo „Generationenkomplott“ im Großen Saal des Sudhauses, Hechinger Straße 203, zwischen 19 und 22 Uhr mit einer Zeitreise in die Anfänge des Nationalsozialismus in Deutschland auf. Unter dem Titel „Kann denn Jubeln Sünde sein? – Frauen unter Hitler“ macht es mit Originaltexten, Liedern und Musik Täterinnen und Opfer sichtbar. Dabei gehen die Künstlerinnen Gisela E. Marx und Dorrit Bauer-ecker der Frage nach, wie es dem NS-Regime gelungen ist, Millionen von Frauen, Müttern, Arbeiterinnen und Akademikerinnen für sich zu gewinnen.